

Wissenschaftliche Politikberatung

Ein Werkzeug zur Festigung politischer Vor-Urteile

Die wissenschaftliche Politikberatung boomt. Das ist gut so, solange sie nicht den Anspruch höherer Objektivität für sich reklamiert. Seriöse Beratung ist nicht die, die ihren Ergebnissen den Anstrich von Unwiderlegbarkeit gibt, sondern die, die ihre nicht-objektivierbaren Ausgangsdaten demonstrativ offenlegt.

Von Gerd Rosenkranz

Ein schönes Beispiel aus jüngerer Zeit: die Atomkraftdebatte. Sie schien in Erwartung des zwar schleppenden, jedoch unumkehrbaren Ausstiegs schon sanft entschlafen, tobt jedoch fast wie in alten Zeiten. Und siehe da, die alten Schützengräben sind gar nicht ausbetoniert, sondern nur locker mit Laub gefüllt. Alle können einfach wieder reinplumpsen. Da meldet sich die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) mit einer Studie zu Wort, sozusagen als oberste Sachwalterin der Naturgesetze, und plädiert „für das Weiterlaufenlassen der Kernkraft“.

Naturwissenschaftlich verbrämte Meinungsäußerung

Und die Politiker und Strombosse, die immer schon dieser Überzeugung waren, verweisen auf die höhere Objektivität dieser, nun ja, naturwissenschaftlich verbrämten Meinungsäußerung. Niemand bemerkt oder will bemerken, dass als Autor der entsprechenden Passagen der Untersuchung ein freundlicher Pensionär firmiert, der als „Chefpropagandist“ jahrzehntelang für den Reaktor-Hersteller Siemens/KWU und sein Nachfolgeunternehmen Framatome/ANP eben diese Technologie publizistisch vermarktet hat. Der – persönlich übrigens ausgesprochen integre – Mann ist halt zufällig Physiker und nicht ganz zufällig Mitglied des DPG-Arbeitskreises Energie, der für die Studie verantwortlich ist. Dass er sein Urteil als Physiker und nicht als Lobbyist gefällt hat, scheint dennoch eher unwahr-

scheinlich.

Wissenschaftler treffen für sich fundamentale Werteentscheidungen wie andere Menschen auch. Der eine geht zum IÖW oder Öko-Institut, der andere entscheidet sich für das Institut der deutschen Wirtschaft. Aus diesem Grund gibt es zwar klinische Untersuchungen, aber eben keine klinisch reine Wissenschaft.

Sollte Politik deshalb auf Beratung verzichten? Nein. Aber sie sollte es sich mit ihr ein bisschen schwerer machen. Es ist zuviel verlangt, dass ein grüner Minister seinen atomwissenschaftlichen Rat bei der Deutschen Kerntechnischen Gesellschaft einholt oder Guido Westerwelle beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB. Politik sucht sich ihre Beratung in aller Regel so aus, dass Ärger mit den Ergebnissen nicht zu befürchten ist. Und wenn sie ihre Vor-Urteile wie erwünscht bestätigt bekommt, ist sie zufrieden.

Auch dagegen ist nicht wirklich etwas einzuwenden, wiewohl solche Expertisen in der Regel nur eine begrenzte Außenwirkung erzielen. Qualität kommt in die Sache erst, wenn Auftraggeber und Öffentlichkeit anhand der Veröffentlichungen nachvollziehen können, warum Wissenschaftler, die ja alle die Grundrechenarten beherrschen, trotzdem regelmäßig zu grundverschiedenen Ergebnissen kommen. Also, her mit den zugrunde liegenden Rahmendaten und vorgegebenen Annahmen, die das Ergebnis bestimmen. Mehr demonstrative Transparenz bei den Ausgangsdaten hilft der

Auftraggebenden Politik, die zu erwartenden Gegenargumente richtig einzuschätzen. Dem Publikum eröffnet sie die Chance, selbst zu entscheiden, ob es die Präliminarien einer Untersuchung teilt oder nicht.

Wissenschaftliches Neuland

Gut, es gibt auch Untersuchungen, mit denen Neuland betreten wird. Studien, deren Ergebnisse die Auftraggeber und noch seltener auch die Auftragnehmer nicht vorher schon kennen. Man könnte die Auffassung vertreten, nur solche brächten neue Erkenntnis. Alle anderen seien mithin überflüssig. Aber wer entscheidet darüber? Wissenschaftliche Untersuchungen werden von der Politik in aller Regel beauftragt, um die eigene Position zu stärken, nicht um sie infrage zu stellen.

Wer etwas anderes verlangt, unterschätzt die Härte des politischen Prozesses. Kommt bei einer Studie etwas anderes heraus, als der Auftraggeber erwartet hat, ist das immer eine Schlagzeile wert – und zwar selten zum Vorteil des vielleicht wirklich neugierigen Politikers. Also wird er beim nächsten Mal noch besser darauf achten, dass nichts schief geht.

Eine andere Frage ist: Warum braucht die Politik solche Hilfe überhaupt, obwohl ihr ungezählte Beamte mit wissenschaftlicher Ausbildung in Verwaltungen, Parlamenten oder Ministerien zuarbeiten? Darüber lässt sich trefflich grübeln, dies ist aber eine völlig andere Geschichte.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Gerd Rosenkranz ist Leiter Politik der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

DUH, Büro Berlin, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin. Tel. 030/ 258986-15,

E-Mail: rosenkranz@duh.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.